

30.10.1998: Rissberger, „Initiative Informationsgesellschaft D21, die Idee, die zur Initiative D21 mit Bundeskanzler Gerhard Schröder führte

Initiative Informationsgesellschaft D 21

Forderungen an die neue Bundesregierung

1. Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit schaffen

- keine besondere Besteuerung für Internethandel
- keine nationalen Beschränkungen
- angemessener, EU-abgestimmter Datenschutz
- Reduzierung der Überwachungsmaßnahmen auf ein absolutes Mindestmaß
- Senkung der Internet-Zugangskosten

2. Der Staat übernimmt die Vorreiterrolle auf dem Weg in die Informationsgesellschaft

Konkrete Maßnahmen, die bis zum Jahr 2002 realisiert werden,

um Effizienz und Service für Bürger und Unternehmen deutlich zu verbessern

- an allen Arbeitsplätzen des öffentlichen Dienstes werden vernetzte PC und das Internet benutzt
- alle staatlichen Stellen bieten alle Informationen und Veröffentlichungen im Internet an
- alle Ausschreibungen staatlicher Stellen erfolgen im Internet
- Steuererklärung und Bescheide sowie Patentanmeldungen werden über das Internet ermöglicht

3. PC und Netz wird Basis kognitiver Bildung in allen Bereichen des Bildungswesens

- jeder Schüler, Student und Lehrer nutzt PC mit Internetzugang
- Internetzugang in jedem Klassenraum

4. Der Einsatz von PC und Netz wird Chefsache in allen Bereichen von Bildung und Verwaltung

- alle Führungskräfte werden im Rahmen einer Weiterbildung qualifiziert,
 - um vernetzte Computersysteme in ihrem Arbeitsalltag mit Nutzwert anwenden zu können
 - um Grundsatzentscheidungen mitverantworten zu können

- Entwurf 301098.09.30 -

**Initiativgruppe Informationsgesellschaft D 21
von Führungskräften der deutschen Wirtschaft**

Sprecher: Alfons Rissberger c/o DVZ M-V GmbH, Postfach 120141, 19018 Schwerin
Tel 0385 4800717 Fax 0385 4800770; e-Mail: a.rissberger@dvz-mv.de

Initiative Informationsgesellschaft D 21

Computer und digitale Netze werden die Welt geistiger Arbeit in den nächsten Jahren fundamental verändern; alle Humankapitalkarten werden weltweit neu gemischt. Das Machtbeben hat weltweit bereits begonnen: Diese Entwicklung wird zum Verlust von Millionen klassischer Arbeitsplätze in allen Verwaltungsbereichen des Staates und der Unternehmen aber auch zu neuen Arbeitsplätzen und nie dagewesenen Arbeitsformen führen. Der amerikanische Politik- und Unternehmensberater William Bridges zwingt zum Nachdenken: "Unseren Nachfahren werden unsere Kämpfe um Arbeitsplätze vorkommen wie der Kampf um Liegestühle auf der Titanic."

Auch alle Bildungseinrichtungen – von der Grundschule bis hin zur betrieblichen, lebenslangen Weiterbildung – werden durch diese Revolution betroffen. Das Notebook in den Taschen unserer Grundschüler wie aller Studenten wird in wenigen Jahren Alltag sein. Und: Unsere Kinder und Enkelkinder wissen heute über diese Entwicklung und ihre interaktiven Anwendungen mehr als die meisten Erwachsenen. Die Regierung der USA handelt entsprechend: jedes Klassenzimmer (!) ist dort im Jahr 2000 am digitalen Weltnetz. Im Vergleich zum Weltmaßstab sind die konkreten deutschen Projekte bisher mehr als bescheiden. 4% der deutschen TOP-Manager nutzen das Internet, aber 40% in den USA. Don Tapscott, u.a. Berater der amerikanischen Regierung, bringt es auf den Punkt: es ist eine "Schlüsseltechnologie zur Transformation von Staatsapparaten, ... nicht nur das Vehikel, um Kosten zu reduzieren, sondern auch ein Weg, den Umgang mit Bürgern radikal zu ändern."

Wir dürfen uns dieser unabänderlichen, extrem schnellen Entwicklung nicht länger verschließen. Es reicht nicht aus, wenn unser Bundespräsident sagt: "... die Verkürzung der Informationswege, der PC am Arbeitsplatz, der Laptop auf dem Schoß ... und das Internet führen zur Abschmelzung zahlreicher traditioneller Arbeitsplätze, zum Wegfall ganzer Betriebsstrukturen und Entscheidungsebenen ... ich glaube, daß wir die Augen davor nicht mehr lange verschließen können. Die Lösung tut weh, nicht nur den Arbeitnehmern. ...". Die Enquete-Kommission "Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" hat vielfältige Empfehlungen erarbeitet; jetzt muß gehandelt werden.

Deshalb fordern hiermit Führungskräfte aus allen Bereichen der deutschen Wirtschaft den Bundeskanzler auf, diesem Thema in der jetzt beginnenden Legislaturperiode im Bundeskanzleramt Priorität zu geben, da alle Ressorts und nachgeordneten Dienststellen, alle Bundesländer, das gesamte Bildungswesen und alle Bereiche der Wirtschaft betroffen sind. Die Unterzeichner sind bereit, ihre Kompetenz und die Kraft ihrer Institutionen und Verbindungen einzubringen, damit Deutschland innerhalb der jetzt beginnenden Legislaturperiode zu einem der im Bereich Multimedia führenden Länder Europas wird.

Bis heute haben folgende Persönlichkeiten die Unterstützung dieser Initiative erklärt:

- Herr Erwin Staudt, IBM Deutschland

-

Weitere hochrangige Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft sind angefragt und haben vorab bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert.